

Bilanz nach vier Jahren : SP-Politik in einer kommunalen Legislative

Autor(en): **Spiess, Kurt**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339841>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

det kaum einen Industriezweig, in dem die Zahl der Beschäftigten nicht rückläufig ist. Wie steht es morgen um unsere Arbeitsplätze? Können wir zu Hause bleiben? Was sollen wir dort tun? Von was sollen wir leben?

In den letzten 50 Jahren hat sich der Motorfahrzeugbestand in unserem Land verfünfundzwanzigfach, und ein Ende ist nicht abzusehen. Für den, der an einer Durchgangsstrasse wohnen oder arbeiten muss, ist das Leben zur Qual geworden. Unerträglicher Lärm, Luftverschmutzung, Verletzte, Tote, hohe Spital- und Versicherungskosten, Verstrassung der Landschaft sind die Folgen dieser Entwicklung. *Noch nie hat eine Generation eine derartige technische Revolution erlebt wie die heutige.* Kann das alles so weitergehen?

Ich glaube nein. Ein Umdenken ist zwingend notwendig. *Innerhalb der SP ist dieser Umdenkungsprozess in vollem Gang.* Die einen sind schon weiter als die andern. Dann gibt es auch noch viele, die mit dem Umdenken noch gar nicht begonnen haben. Das führt zwangsläufig zu Meinungsverschiedenheiten,

zu Missverständnissen, zu Reibereien. Das ist normal. Nicht mehr normal ist es, wenn man nicht mehr miteinander spricht oder wenn jeder seine Ansicht zu einem Dogma, zu einer absoluten Glaubensfrage macht, wenn jegliche Kompromissbereitschaft fehlt. So geht es natürlich nicht.

Aus diesem Udenkungsprozess ist auch eine programmatische Konfusion, eine Orientierungslosigkeit entstanden. Die einen ziehen in diese, die andern in jene Richtung. *Vieles, was vor 25 Jahren als Zielsetzung richtig war, ist heute überholt, oder gar falsch.* Anderes ist noch gültig. Sicher ist eines: die SPS braucht eine programmatische Neuorientierung, sie braucht einen innerparteilichen Klärungsprozess und eine neue Identität. Wir müssen uns den gewaltigen Herausforderungen dieser Zeit stellen und Lösungsvorschläge für die Bewältigung der schwierigen Probleme erarbeiten. Wir müssen uns aber auch wieder mehr als bisher um unsere traditionellen Wähler- und Mitgliederschichten kümmern. Das ist absolut unerlässlich. Wir müssen sie in diesen Udenkungsprozess einbezie-

hen, sonst laufen wir Gefahr, dass wir sie verlieren.

Die SPS kann immerhin für sich in Anspruch nehmen, die Zeichen der Zeit erkannt und die *politische Wende eingeleitet* zu haben. Dieser Prozess der personellen Erneuerung und der Identitäts- oder Selbstfindung hat sich da und dort auch auf das Verhältnis zwischen Partei und Regierungsvertretern abgefärbt und zu Konflikten geführt. Ich meine aber, dass solche Konflikte lösbar sind, wenn man sich ausspricht, wenn man Kompromisse eingeht und vor allem auch, wenn man gegenseitig Toleranz übt. Wir können nicht von den Bürgerlichen Toleranz verlangen, wenn wir nicht einmal unter uns darnach leben. Ich bin zuversichtlich, dass am Parteitag in Interlaken der Grundstein für eine programmatische Erneuerung gelegt wurde, eine Erneuerung, hinter die sich mindestens die überwiegende Mehrheit stellen kann. *Ich gehe auch davon aus, dass wir uns nachher wieder vermehrt mit dem politischen Gegner, und weniger mit uns selber beschäftigen werden. Das wäre nämlich dringend notwendig.*

Kurt Spiess

Bilanz nach vier Jahren

SP-Politik in einer kommunalen Legislative

Bei den Gemeindewahlen in Uster im Jahre 1978 fand eine starke Verjüngung und Erneuerung der neunköpfigen SP Fraktion im Gemeinderat statt. Mit viel Engagement versuchte eine Gruppe junger SP-Aktivistinnen über die Behörde etwas zu verändern. Im folgenden Artikel versucht Kurt Spiess, Gemeinderat in Uster, eine Bilanz der politischen Arbeit der letzten vier Jahre zu ziehen.

Die SP Uster hat in den letzten vier Jahren mit viel Aufwand im Gemeinderat gewirkt. Schwerpunkte der SP-Politik

waren die Verkehrspolitik (Schutz der Fussgänger und Velofahrer), Umweltschutz im weitesten Sinne (Häuserabbrü-

che, Autobahnbau, Melioration), Ausbau des Sozialstaates (Altersprobleme, Drogen, Jugendfragen, Wohnungsnot) und die kritische Kontrolle des Stadtrats. Traditionell sozialdemokratische Anliegen brachten wir eher wenig zur Sprache (Steuerpolitik, Anpassung der Altersbeihilfen der Stadt, Mitsprache für Lehrlinge an der Berufsschule), und nur einmal

— bei der Diskussion um die Zukunft der türkischen Fremdarbeiterkinder, welche die lokale Textilindustrie importiert hat, kam es zu einer «klassenkämpferischen» Diskussion, in der die Fraktion radikal-sozialistische Ideen vertrat. Im Rückblick fällt auf, dass ein Grossteil unserer Forderungen keineswegs «links» waren. Auch ein kritischer und couragierter bürgerlicher Gemeinderat hätte unsere Forderungen nach einer menschengerechten Verkehrspolitik, nach Schutz des Ortsbildes und der Umwelt, nach einer Hilfe für Drogensüchtige vertreten oder unterstützen können. Manchmal hatte ich den Eindruck, dass wir den bürgerlichen Vertretern einfach das kritische Denken abnehmen und dass diese ganz froh sind, wenn sie sich nicht eine eigene Meinung bilden und sich damit exponieren müssen.

Im Gemeinderat haben wir mit unseren Argumenten häufig die Diskussion bestimmt. Unsere Einwände, unsere Kritik und Vorschläge konnten wir gut und einleuchtend darlegen. Manchmal vermochten wir auch unsere Ideen wenigstens teilweise durchzubringen — vor allem dann, wenn wir ein Unbehagen, das auch bei bürgerlichen Fraktionen vorhanden war, ausdrücken und einen Weg einer besseren Lösung aufzeigen vermochten. Dies war vor allem bei Strassenbauvorlagen der Fall, wo wir zum Teil bereits im Rat, zum Teil bei der Volksabstimmung einiges verhindern konnten. Ein Umdenken in der Verkehrspolitik fand aber nicht statt. Wenig Erfolg hatten wir im Rat mit all unsern Vorstössen im sozialen Bereich. Die bürgerlichen Fraktionen hatten hier kein Verständnis — meistens kam es schon gar nicht zur Diskussion. Mir schien es manchmal, es seien für sie Fragen aus einer anderen Welt, Fragen zu denen sie gar keine

Meinung haben.

Misst man unsere Erfolge und unseren Aufwand im Parlament an dem, was in den letzten Jahren in unserer Stadt passiert, so werden sie klein und unbedeutend: Trotz all unserem Ausrufen, trotz all unseren konstruktiven Vorschlägen, trotz unserer Erfolge, die wir feierten, wenn es uns gelang, ein unsinniges Strassenprojekt zu bodigen — es wird in Uster weiter geteert und betoniert, billige Wohnungen fallen dem Baggerzahn zum Opfer, die Autobahn wird gebaut, Beizen und Quartierläden werden geschlossen, die Wohnungsnot nimmt zu ... und wir sind letztlich genau so ratlos, ohnmächtig und resigniert, wie unsere Wähler.

Die innerparteilichen Spannungen in der SP sind in Uster durch einen Bruch, durch den Austritt dreier SMUV-Gewerkschafter aus der SP-Fraktion «gelöst» worden. Treibende Kraft in diesem Konflikt war der lokale SMUV-Sekretär. Uns war die Auseinandersetzung unangenehm. Für unsere Ratstätigkeit hatte die Abspaltung kaum negative Folgen. Die drei «Dissidenten» wurden zu eigentlichen Hinterbänklern, die ausser ihrer Abgrenzung gegen uns «Linksextremisten» nichts vorzuweisen hatten. Es fehlt ihnen ein politisches Anliegen. Die Arbeit in der SP-Fraktion ist hingegen einfacher geworden. Wir können klarer und profilierter auftreten, der Zusammenhalt und die persönlichen Kontakte in der Fraktion sind besser geworden.

Ich habe den Eindruck, die Politik in unserer Stadt werde nicht von ein paar einflussreichen «starken» Männern gemacht. Mir erscheint das Ganze als Maschinerie, die so läuft, damit alles sich in den gewohnten Bahnen bewegt; gesteuert von festgefahrenen Vorstellungen in den Köpfen der Behör-

den, von Normen und von Sachzwängen. Alternativen und neue Ideen bedeuten eine unerwünschte Störung und werden abgeblockt. Politische Entschiede trifft man nicht durch ein Abwägen der verschiedenen Argumente und nicht mit einem Kompromiss, der einen gemeinsamen Nenner zwischen den verschiedenen Standpunkten sucht. Verwaltung und Exekutive versuchen ihre Ideen durchzudrücken und nur wenn der Widerstand zu gross ist, um sich durchzusetzen, werden Konzessionen gemacht. Man macht dann ein paar Abstriche an einer Vorlage und versucht es einfach noch einmal: Ein Umdenken findet nicht statt. Bei dieser Art des Politisierens ist der Wissensvorsprung entscheidend. Dass die Gemeinderäte und die Bevölkerung die Hintergründe und Schwachstellen einer Vorlage nicht kennen, wird zur Chance für Stadtrat und Verwaltung. Mit der Erfahrung und dem Wissen, dass sich ein Ratsmitglied mit der Zeit aneignen kann, steigt seine Sicherheit und sein politischer Kurs; er muss zu Kenntnis genommen werden.

Im Gegensatz zu einer Gemeindeversammlung gibt es im Gemeinderat keinen Raum für Spontanes, Originelles oder Emotionales. Es wird ein Ritual zelebriert, ein Theater mit Rollen. Die SP hat dabei die Rolle der Opposition. Sie darf sich kritisch gebärden, aufmotzen und erhält dafür vom Bürgerblock periodisch eine Ohrfeige verpasst, (wenn z.B. ein SP-Kandidat nicht gewählt wird). Diesen institutionellen Rahmen vermochten wir in den letzten vier Jahren nie zu sprengen. Wir verhielten uns immer so, wie es die Rolle vorschreibt.

Im persönlichen Umgang, im Gespräch oder bei gesellschaftlichen Anlässen wird eine formelle Höflichkeit und äusserliche Geselligkeit gepflegt. Man

macht Konversation im zwanghaften Bemühen, doch irgendwie nett zu sein, ohne dass man sich persönlich spürt oder sich füreinander interessiert. Vielleicht entspricht diese Äusserlichkeit dem Stil und den Umgangsformen der bürgerlichen Gesellschaft — wir hatten alle Mühe damit. Uns trennen nicht nur politische Gegensätze, uns trennen Welten. Realitäten hinter der Fassade der Höflichkeit: drei von sechs SP-Vertretern ist in dieser Amtszeit die Wohnung gekündigt worden, einem ist wegen eines Leserbriefes ein Ehrverletzungsprozess angehängt worden, und ein weiteres SP-Ratsmitglied ist am Arbeitsplatz (Lehrer) unter Druck gesetzt worden — und zwar von FDP-Mitgliedern oder Sympathisanten. Persönliches Erleben: Im Rat bin ich immer stark engagiert und gespannt — auch wenn ich weiss, dass wir in einer Diskussion mit unseren Beiträgen nicht viel verändern können. Dass ich mich in einer «feindlichen» Umgebung mit meiner Meinung und meiner Person exponiere (und zwar in der Öffentlichkeit) stresst mich. Häufig finde ich nach Ratssitzungen keinen Schlaf. Die Situation ist

für mich widersprüchlich: Diskussionspartner ist die Gegenseite, der Bürgerblock, und ich will gerade von jenen bemerkt werden, will, dass gerade sie meine Argumente zur Kenntnis nehmen und akzeptieren und überzeugt werden müssen — obwohl das ja eben nicht passiert.

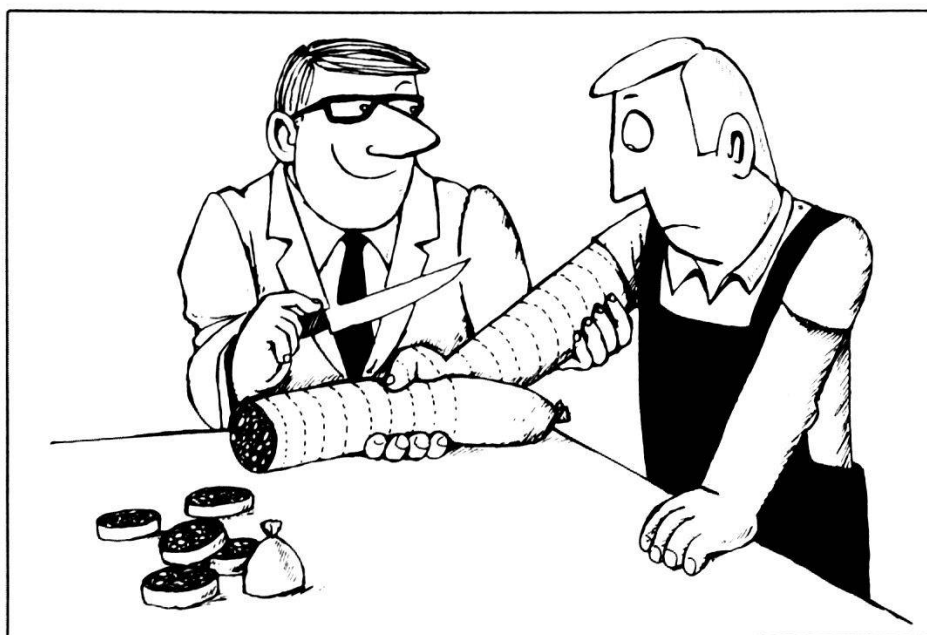
Gegenüber der SP-Sektion verspüre ich hingegen eine gewisse Entfremdung, die sich auch durch einen einigermaßen regelmässigen Versammlungsbesuch nicht überwinden lässt. Ich lebe politisch in einer anderen Welt und habe möglicherweise auch schon das Denken der Behörden angenommen. Durch meinen Wissensvorsprung bin ich bei den kommunalpolitischen Diskussionen überlegen. Ich kenne das Problem, die Details und die Argumente. Dafür verliere ich vielleicht die grundsätzlichen Perspektiven.

Die Kommunalpolitik der SP wird von der Gemeinderatsfraktion gemacht. Die Sektion ist bis jetzt immer dem, was die Fraktion gemacht hat, gefolgt. Die Fraktion hingegen handelt selbständig und unabhängig, konkrete Vorgaben, Aufträge oder verbindliche Zielsetzungen

der Partei fehlen. Über die Gemeinderatstätigkeit erreichen wir aber nur Leute, die sich für (Kommunal) Politik interessieren und sie regelmässig verfolgen. Wer hingegen keine Beziehung zur Institutionen-Politik — also eigentlich unsere Leute — hat, können wir auf diese Art nicht erreichen und ihnen auch nicht deutlich machen, dass gerade die SP anders ist und eine grundlegende Änderung will. Für diese Gruppe der «Entpolitisierten» gehören wir auch zu «denen da oben». Für die Zukunft muss deshalb unsere Politik über Institutionen-Politik ausgehen. Ebenso wichtig ist das direkte Ansprechen unserer Leute, z.B. durch aktive Unterstützung von Bürgerinitiativen und Bewegungen. Ansätze dazu sind vorhanden, von der Zusammenarbeit mit AKW-Gegnern und engagierten Velofahrern haben alle Beteiligten — Initiativgruppe, Fraktion und Sektion — profitiert.

Worin liegt der politische und persönliche Nutzen und Sinn einer Tätigkeit in der Exekutive einer Gemeinde? Möglichkeiten zu einer politischen Veränderung über eine Minderheitsstellung im Gemeinderat sehe ich keine. Wohl sind manchmal Koalitionen in einzelnen Sachfragen möglich, doch scheinen mir die politischen und persönlichen Gegensätze zu den bürgerlichen Parteien unüberbrückbar. Unsere Präsenz in einer Behörde kann aber «vorbeugend» wichtig sein, wenn Verwaltung und Behörden Vorstösse möglicherweise scheuen, wenn sie wissen, dass sie auf heftigsten Widerstand bei der SP stossen. Möglich auch, dass eine Kritik auch aus einer Minderheitsposition langfristig etwas bewirken kann — steter Tropfen höhlt den Stein.

Die Arbeit im Gemeinderat ist eine «Visitenkarte» für die Partei. Das Parlament ist ein Forum, um unsere politischen An-



Arbeitbertaktik bei Rationalisierungen
Aus «Der Gewerkschaftler»

liegen über Presse und SP-Zeitung in einer bestimmten Öffentlichkeit darzustellen.

Wer nicht weiss, was läuft, kann darauf nicht reagieren und wird überfahren. Über den Gemeinderat erhält man sehr viele Informationen, Meinungen und Anregungen. Man stösst auf Probleme und Fragen, die auch für uns wichtig sind. Dieses Wissen gilt es, an die Fraktion, die Sektion und die Öffentlichkeit weiterzuge-

ben. Zusammen mit weitem Zutaten kann unser Wissen zu einem Teig werden, aus dem schliesslich sozialdemokratische Politik gemacht wird.

Persönlich für mich habe ich in den letzten vier Jahren unsere Stadt eigentlich erst richtig kennen gelernt, ich nehme Anteil an dem, was hier passiert und fühle mich mitverantwortlich. Ich habe von einem Teil der bürgerlichen Lokalprominenz und ihrer Art zu politisieren, ei-

nen unmittelbaren Eindruck erhalten.

Ich habe vor allem auch gelernt, zu meiner Meinung zu stehen und sie zu vertreten, auch wenn ich dabei gegen den Strom schwimme. Dabei habe ich erfahren, dass ich auf die Dauer nur gegen den Strom schwimmen kann, wenn wir uns in der Fraktion gegenseitig unterstützen und ermutigen: Solidarität — eine Erfahrung, die mir wichtig ist und mir viel bedeutet.

Hans-Jürg Fehr

Aufstieg und Niedergang der Arbeiterpresse

Analysen, Hypothesen, Fragen

Die hier dargelegte Analyse des Aufstiegs der schweizerischen Arbeiterpresse von der Unscheinbarkeit bis zur respektable Grösse innerhalb der gesamten Presselandschaft beruht auf einer wissenschaftlichen Arbeit, die ich im August 1977 abgeschlossen habe. (1) Ich fasse die wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeit zusammen und versuche, aus der Geschichte dieses Aufstiegs Erklärungen für den Niedergang der Arbeiterpresse in der Nachkriegszeit abzuleiten.

Wenn man das Auftreten der Arbeiterpresse quantitativ misst, kommt ein wellenförmiger Prozess von Aufstieg und Niedergang zum Vorschein — ein Wechselspiel, das sich mehrfach wiederholt. Der schlechende Niedergang der SP-Presse in den letzten dreissig Jahren ist historisch betrachtet also nichts Neues. Die Geschichte der linken Zeitungen

ist aber auch die Geschichte jener hoffnungsvollen, fleissigen, mehr oder weniger fähigen, oft enttäuschten und doch nicht aufgebenden Macher, die draussen im kalten Wind standen und versuchten, ein Feuerchen am Leben zu erhalten. Ich selber gehöre im Moment zu dieser nicht sehr zahlreichen Gattung. Obgleich mich die Arbeit am historischen Objekt Arbeiterpresse gelehrt hat, dass es nicht die Macher sein werden, die das Feuerchen vielleicht wieder einmal auflodern lassen werden. Das dafür notwendige Öl muss von anderer Seite hineingegossen werden. Woher der Brennstoff kam, habe ich am historischen Beispiel untersucht, indem ich die gesellschaftlichen Bedingungen analysierte, die die Arbeiterpresse im Zeitraum von 1880 bis 1914 aufblühen liessen. Im Jahr 1880 gab es in der Schweiz ganze fünf Blätter, die als Arbeiterzei-

tungen gelten dürfen; darunter war keine einzige Tageszeitung. Vierunddreissig Jahre später, 1914, erschienen 92 Arbeiterzeitungen, elf davon täglich! (die Gewerkschaftspresse, die einen ähnlichen Aufschwung erlebte, nicht inbegriffen.) 1880 erreichte die Gesamtauflage der genannten Blätter 6000–8000 Exemplare; 1913 waren es 140'000. Das Zürcher *Volksrecht* vegetierte zum Beispiel nach der Gründung im Jahre 1898 mit 3000 Abonnenten unter dem Existenzminimum dahin; 1913 bediente es 16'500 zahlende Leser. Die *Berner Tagwacht* erhöhte ihre Abzahl in zwanzig Jahren von 1500 auf 8800 und der *Basler Vorwärts* im gleichen Zeitraum von 2500 auf 7000. Auch die geografische Streuung nahm erheblich zu: 1880 gab es vier Verlagsorte, 1913 deren 22.

Der Arbeiterpresse ging es nach der Jahrhundertwende so gut,